

Der Landrat nahm Bezug auf den Kerntenor der heutigen Tischvorlage, wonach man nicht akzeptieren könne, dass der Bundesverteidigungsminister die Regelungen des Berlin/Bonn-Gesetzes in Frage stelle, für das Bundesverteidigungsministerium eine Abweichung erwarte und von der Region zudem erwarte, dass sie selbst dies zur Disposition stelle. Dies sei das Gegenteil des Inhaltes der gemeinsamen Erklärung der Fraktionen des Bonner Rates und des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises vom 19.07.2011. Außerdem verknüpfe der Bundesverteidigungsminister die Frage des Umzugs von Arbeitsplätzen des Bundesverteidigungsministeriums mit der Frage der Bundeswehrstandorte in der Region. Er habe bereits seinerzeit im Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär darauf hingewiesen, dass unsere Region ebenso wie jede andere Region in Deutschland mit der Bundeswehrreform leben müsse. Dies sei aber unabhängig von den Regelungen des Berlin/Bonn-Gesetzes zu betrachten, welches nur für diese Region gelte. Man halte insoweit eine Verknüpfung dieser beiden Fragen für nicht in Ordnung, um dies zurückhaltend zu formulieren.

Der Landrat dankte für dieses einstimmige Votum. Man werde diese Resolution an die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung, den Bundesverteidigungsminister und die Landesregierung richten mit der Bitte um Unterstützung. Außerdem finde Mitte September ein Gespräch in der Staatskanzlei statt, um die weiteren Entwicklungen und Vorgehensweisen miteinander abzustimmen.